

Herr Bamberg begrüßte die neue Leiterin des Fachbereiches Soziales und Wohnen (FB 4), Frau Marion Kusserow, und die neue Leiterin des Fachdienstes Wohnen (FD 4/20), Frau Nicole Hülse. Herr Doğan stellte die Organisationsänderungen dar, in der die Stabsstelle Wohnen und Unterbringung (WuU) als Fachdiensteinheit Wohnen und den Fachbereich Soziales Wohnen übergeleitet wurde.

Nach einer kurzen personellen Vorstellung erfragte Herr Bamberg, ob bezüglich der Vorlage (siehe Einladung, Seite 17-19, 21/0260) Fragen zur aktuellen Unterbringungssituation in der Stadt Sankt Augustin sowie zur Situation der im Leistungsbezug nach dem AsylbLG stehenden geflüchteten Personen bestehen.

Herr Haacke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragte, wie viele alleinstehende Frauen in den Einrichtungen unterbracht sind. Und ob es spezielle Ansprechpersonen oder eine entsprechende Betreuung für diese Personengruppe gibt? Weiterhin wurde von Herrn Haacke erfragt, inwieweit Personen mit psychischen Einschränkungen in den Unterbringungseinrichtungen untergebracht sind und ob es diesbezüglich einen interkommunalen Austausch oder eine Zusammenarbeit gibt?

Frau Hülse stellte dar, dass ca. 10 alleinstehende Frauen untergebracht sind und der FD 4/20 und die Stabsstelle IuS entsprechend auf die Belange dieser Personengruppe eingehen.

Frau Hülse hob bezüglich der Frage zu den Personen mit psychischen Einschränkungen hervor, dass sie vor kurzem den Fachdienst übernommen habe und eine entsprechende Neuausrichtung des Unterbringungsangebotes aktuell durchgeführt würde. Der Umgang mit Personen mit psychischen Einschränkungen, mit Aggressionsverhalten oder besonderen Unterstützungsbedarfen stehen auf der Agenda im Gestaltungsprozess des Fachdienstes.

Herr Doğan ergänzte, dass es wahrscheinlich leider keinen interkommunalen Prozess diesbezüglich geben wird. Er werde das Thema jedoch in die nächste Sozialdezernentenbesprechung nehmen. Herr Doğan wies auf die im Rat erstellte Neukonzeption des Unterbringungsstandortes „Am Bauhof“ hin. Hier ist die angesprochene Personengruppe verstärkt untergebracht. Entsprechend dieser Konzeption ist eine permanente Vertretung durch die Verwaltung / Soziale Arbeit eingeplant. Generell wird eine Dezentralisierung, hin zu einer gezielten Betreuung vor Ort, befürwortet.

Herr Jörn Geißelmann (Internationale Liste) erfragte die Impfbereitschaft und die Impfmöglichkeiten in den Unterbringungseinrichtungen.

Frau Hülse stellte dar, dass allen untergebrachten Personen ein Impfangebot gemacht werden konnte. 50 Prozent der impfberechtigten Personen nahmen das Angebot bisher an. Aktuell wurden mehrsprachige Plakate ausgehangen, die über das Impfen informieren und aufklären. Beratungsangebote werden seitens der Verwaltung angeboten. Im Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ können weiterführende Informationen zum Thema Impfen in den Unterkünften entnommen werden.